

Generation Z Die Geburtskohorten nach den Babyboomern leben in einer Ökonomie, die umgedacht werden muss. Die Reformen belasten aber einseitig die Jungen. *Von Matthias Mölloney**

Schwarzer Peter geht an Z



Ob sich unser Nachwuchs für seine Altersvorsorge interessiert wird je nach Studie unterschiedlich beantwortet. Klar ist: Die jungen Erwachsenen sind sich bewusst, dass sie mit einem demografischen Problem konfrontiert sein werden, wenn eine immer grösser werdende Zahl an Pensionierten von immer weniger aktiv Beschäftigten «finanziert» werden muss. Andererseits aber spielt die Vorsorgelösung bei der Wahl eines Arbeitgebers eine geringe Rolle.

Junge Arbeitnehmer möchten sich wohlfühlen mit ihrer beruflichen Aufgabe und sich entwickeln können. Dabei hat die langfristige Bindung an einen Arbeitgeber für sie so gut wie keine Bedeutung, was ihnen schon den Spitznamen «Generation Projekt» eingebracht hat. Vermutlich ist ihnen die langfristige Orientierung bezogen auf eine Anstellung verloren gegangen, weil sie am Beispiel ihrer Eltern haben lernen müssen, dass Unternehmen im harten Wettbewerb eher auf die Kosten achten, als die Loyalität zu langjährigen Mitarbeitenden zu pflegen. Warum also sollten sie Loyalitätsgefühle entwickeln gegenüber einer Institution, die ihnen gegenüber voraussichtlich auch nicht loyal sein wird, wenn es darauf ankommt?

Gefühl der Machtlosigkeit führt zu Desinteresse

Wenn es um die Altersvorsorge geht, kommt ein Gefühl der Ohnmacht hinzu: Einerseits sehen die Generationen X bis Z keine Wahlmöglichkeiten, weil die Pensionskasse und damit deren Reglement durch den Arbeitgeber vorgegeben ist. Andererseits konnte sie bei der Abstimmung über die Senkung des Mindestumwandlungssatzes bei den Pensionskassen vor 4 Jahren spüren, dass die älteren Generationen an der Urne dafür gesorgt haben, dass eine Regelung zu ihren Gunsten stattfindet. Die Risiken dieser Regelung werden die nachfolgenden Generationen zu tragen haben.

Gleichzeitig verschlechtern sich die Bedingungen auch in anderen Bereichen. Wohneigentum wird stetig teurer bei gleichzeitig restriktiver werdenden Finanzierungsmöglichkeiten, so dass Immobilieneigentum als mögliche Altersvorsorge für sie immer weniger realisierbar erscheint. Glück hat nur, wer ein attraktives Erbe in Aussicht hat.

Wollen wir unseren Nachwuchs damit alleine lassen, oder wäre es nicht höchste Zeit, mit ihm gemeinsam zukunftsfähige Lösun-

gen zu entwickeln? Es braucht die Kombination aus dem Wissen der bereits Etablierten mit den Ideen, aber auch Sorgen und Erwartungen derer, die am Ende die Lösungen werden umsetzen müssen.

Es braucht die Verbundenheit zwischen Jung und Alt

Es braucht aber auch die Solidarität beim Tragen der Lasten. Als die AHV erfunden wurde, betrug die statistische Lebenserwartung gerade mal 69 Jahre. Das heisst: Es ging um die Finanzierung von 4 Lebensjahren. Heute muss die gleiche AHV 14 Jahre ausgleichen. Dass das nur bei sehr günstigen Daten vom Kapitalmarkt finanzierbar ist, haben wir in der Finanzkrise gelernt. Wir müssen also über alternative Formen nachdenken. Dazu gehören neben potentiellen Kürzungen der Rentenansprüche auch Massnahmen wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (siehe Seiten 2 und 4).

Wichtig ist, dass wir mit der nächsten Generation offen und ehrlich umgehen, dass wir offen sind für ihre Anliegen und gemeinsam in einem Dialog auf Augenhöhe dafür sorgen, dass sie die Altersvorsorge nicht als «Black Box» ansehen, sondern als ein wichtiges Instrument ihrer langfristigen Lebensgestaltung. ♦

*Matthias Mölloney ist Leiter des Centers for Human Resources Management and Leadership an der Hochschule für Wirtschaft Zürich, Präsident der Zürcher Gesellschaft für Personalmanagement und Inhaber Peoplexpert GmbH.

Themen aktuell

2 Rechtsprechung

BVG: Das Bundesgericht hat im ersten Halbjahr 2014 eine Reihe Entscheide gefällt. Eine Zusammenfassung.

5 Interview

PK Post: Françoise Bruderer Thom über die Reform «Altersvorsorge 2020», Steuern und Babyboomer.

8 Altersvorsorge

Future Talk: Wo die Schweiz im Vergleich mit anderen anderen Ländern steht, wurde in Bern diskutiert.